

**Zum Artikel „Zahlreiche Eltern zeigen Interesse“ vom 12. März:**

## Verurteilung des bestehenden Schulsystems

Der Landkreis Osterholz hatte geladen und alle kamen. Haben die Zuhörer auch alles unwidersprochen „hingenommen“, was die „Leiterin des Amtes für Bildung beim Landkreis“, Britta Weidling, über das begabungsgerechte gegliederte niedersächsische Schulsystem verlauten ließ?

Zitat: „Die alten Schulsysteme funktionieren nicht mehr gut. Die Eltern möchten aber, dass ihre Kinder eine gute Qualifikation erhalten.“ Eine nicht hinnehmbare pauschale Verurteilung des bestehenden Schulsystems, auch der Lehrer und der Schüler, die sich gemeinsam um einen qualitativ „guten“ Abschluss bemühen.

Noch weniger hinnehmbar ist, was der Schulleiter der Ganztagschule Lilienthal in seiner Power-Point Präsentation über die zu gründende IGS im Ostkreis am Info-Abend von sich gab. In dem bestehenden Schulsystem gebe es für die Kinder mehr „Abstiege“ als „Aufstiege“ und sie würden durch „Sitzbleiben oder Abschulen in eine niedrigere Schulform beschämt“. Ist dem Herrn Pädagogen in seiner langjährigen Schulkarriere entgangen, dass das Wiederholen einer Klasse aus pädagogischen Gründen für den Schüler durchaus als Chance gewertet werden kann, seine Wissenslücken wieder auszugleichen? Aufgrund der Durchlässigkeit ist jederzeit der Wechsel in eine andere Schulform möglich, sowohl nach „oben“ wie nach „unten“. Es ist keinesfalls „beschämend“, wenn ein Schüler erst später die für ihn passende Schulform gefunden hat.

In Niedersachsen finden Eltern und Schüler ein vielfältiges Schulangebot vor, sie haben eben die „freie Schulwahl“, die aber durch eine IGS im Ostkreis stark eingeschränkt werden würde. Denn nach den Vorstellungen des Landkreises, der Bürgermeister und der Schulleiter, die sich für die wohnortnahe Beschulung stark machen, würde es diese freie Schulwahl für die Kinder, die sich zum Beispiel weiter für eine Realschule entscheiden werden, so nicht mehr geben, es sei denn, sie nähmen den weiten Schulweg in die Kreisstadt in Kauf.

REINER PIETSCH, LILIENTHAL

**Zum Thema Linie 4:**

## Alles nur ein Spiel?

Ich glaube, die Ratsmitglieder der Lilienthaler CDU (mit einer Ausnahme) hätten der Verlängerung der Linie 4 auf keinen Fall zu-

gestimmt, auch nicht, wenn Lilienthal die Straßenbahn geschenkt bekommen hätte.

Die CDU hat, durch die eigene Bürgerbefragung gefesselt, auf Zeit gespielt und die schwierige Finanzierung als Alibi benutzt, um aus diesem Vorhaben auszusteigen.

Durch viele teure Änderungsanträge der CDU zum Verlauf der Linie 4 und einen zwischenzeitlichen Planungsstopp wurden die Kosten für dieses Bauvorhaben (gezielt?) nach oben getrieben. So wurde in Lilienthal durch viele Planungskosten der Schuldenberg vergrößert. Auch bei mir, als direkt Betroffener, sind durch dieses Spiel der CDU hohe Kosten entstanden.

Die Lilienthaler CDU ist meiner Meinung nach zu einer Klientelpartei verkommen. Sie sollte sich auflösen, und die Ratsherren der CDU sollten zur Klientelpartei FDP übertreten. Herr Tatzki war da schon, den will die FDP wohl nicht wieder, er könnte ja parteilos weiter machen. Herr Miesner sollte die große alte Volkspartei CDU in eine neue bessere Zukunft führen.

HEINZ KENTER, LILIENTHAL

## Gute Nacht, Lilienthal – gute Nacht, CDU!

Es ist beschlossen: Lilienthal geht wieder in den Dornröschenschlaf, und die CDU in der Gemeinde ist die Dornenhecke!

Meine Familie und ich sind 2008 nach Lilienthal gezogen, dafür gab es zwei Gründe: 1. Die Qualität in der Schule und 2. die Planung zur Straßenbahn.

Eine Reservierung für ein Grundstück zum Neubau eines Einfamilienhauses werde ich wohl nicht einlösen, denn in einer Gemeinde, die nicht den Willen ihrer Bürger umsetzen kann, ist nicht die Straßenbahn, sondern die Glaubwürdigkeit auf dem Abstellgleis.

JOHN HANSEN, LILIENTHAL

## Schmach für den Ort

Gelungene Werbeaktion: Die ganze Republik zeigt mit dem Finger auf Lilienthal.

MARTIN SCHUMACHER, BREMEN

## Ein Glück, dass sie kippt!

Obwohl Bürgermeister Willy Hollatz und die Kommunalaufsichtsbehörde Osterholz in einer Konferenz, geleitet vom Regierungsdirektor des hannoverschen Innenministeriums, Herrn Pragal, ausdrücklich zur Kenntnis nehmen musste, dass auf Grund der Verschuldung Lilienthals die Aufsichtsbehörde für das Straßenbahnprojekt gerade noch den Betrag von 4,1 Millionen Euro und für die damals genannten Folgekosten von nur 270 000 Euro genehmigen konnte, wurde dies, wie wir bitter zur Kenntnis nehmen

müssen, von der Gemeindeverwaltung missachtet. Es ist nach dem Motto „weiter so“ gehandelt und geplant worden. „Das süße Gift der Subventionen“ hatte die Lilienthaler Amtsträger süchtig gemacht. Da jedoch immer ein kleiner, aber für die hoch verschuldete Gemeinde Lilienthal ein zu hoher Eigenanteil der Investitionen zu leisten ist und insbesondere die Folgekosten nicht mehr geschultert werden können, ist die von der CDU, FDP und Herrn Rossol getroffene Ablehnung ein Glücksfall.

Das brutale Erwachen bleibt den Bürgern dadurch erspart. In vielfacher Hinsicht können die in einer Katastrophe gelandeten Investitionen der neuen Bundesländer als mahnende Beispiele in Augenschein genommen werden. Axel Miesner, von dem wir jährlich mehrfach als Mister Moneymaker sprudelnde Geldquellen in der Presse signalisiert erhalten, scheint von dem Subventionsgift wie ein „Diabetiker“ erkrankt zu sein. Ist diesem Herrn die ökonomische Verantwortung gegenüber den Bürgern abhand gekommen? Die Horrorszenarien der Herren Haase und Jühdes, dass Lilienthal nun keine Aufwertung und Sanierung erfahren kann, sind unerklärlich. Allein aus den Folgekostenverpflichtungen, die Lilienthal jährlich für die Linie 4 hätte aufwenden müssen, lässt sich Schritt für Schritt ein attraktives, verkehrsberuhigtes, zum Aufenthalt einladendes Zentrum entwickeln. Den Parteivertretern und der Verwaltung rufe ich zu: Kümmert Euch um Lilienthal, ändert Euer politisches Handeln, und nehmt die Bürger mit!

JÖRG LANDGRAF, LILIENTHAL

## In der Steinzeit angekommen

Wofür gehe ich eigentlich noch wählen und abstimmen? Lilienthal: Willkommen in der Steinzeit!

INGO PURNHAGEN, LILIENTHAL

## Nach Entscheidung bleiben offene Fragen

Wenn nun die CDU im Lilienthaler Gemeinderat die Verlängerung der Linie 4 nach Falkenberg ablehnt, hätte ich ein paar Fragen an sie:

Woher will die CDU denn die Mittel für die Sanierung der Hauptstraße nehmen, die nun Lilienthal selbst in Angriff nehmen muss?

Woher will die CDU die Mittel für die Sanierung des Radwegs an der Hauptstraße nehmen, die nun Lilienthal selbst machen muss?

Woher will die CDU die Mittel für die Sanierung der Abwasserkanäle nehmen, die nun in voller Höhe auf die Gemeinde zukommen, weil sie nicht mit den Baumaßnahmen für die Linie 4 gekoppelt werden können?

Woher will die CDU die Mittel nehmen, um einen kundenfreundlichen ÖPNV mit Bussen zu bezahlen, der eine höhere Takung aufweist als die Busverbindungen heute?

Woher will die CDU die Mittel nehmen, die Vollendung der Umgehungsstraße zu finanzieren, wenn sich Bremen sperrt?

Woher will die CDU die Mittel nehmen für Regressansprüche Bremens wegen Vertragsbruchs?

Wie will die CDU den Lilienthaler Geschäftsleuten erklären, dass die Kunden nun wegbleiben, auch wenn die Linie 4 nicht gebaut wird?

Wie will die CDU die Lilienthaler Geschäftsleute von der Umgehungsstraße begeistern, die ihnen die Kundschaft „entführt“?

Wenn ich noch länger nachdenke, fallen mir noch mehr Fragen ein.

THOMAS KOLLANDE, LILIENTHAL

## Hoffen auf den Lerneffekt

Dass die CDU in der entscheidenden Ratssitzung erneut ihre eigenen Beschlüsse zum Bau der Linie 4 zu Fall gebracht hatte, war letztlich nicht mehr überraschend. Ein CDU Mitglied (ehemals FDP ) brachte es auf den Punkt, als er jüngst von Feierabendpolitikern sprach, die ja eigentlich bei einem Projekt dieser Größenordnung überfordert seien.

Genau dieses Bild vermitteln die CDU und überwiegend auch die übrigen Parteien seit Jahrzehnten. Eine stark von Einzelinteressen geprägte Kommunalpolitik führte zu einer nicht mehr nachvollziehbaren Verschuldung in astronomischer Höhe. Verwunderlich ist, dass es in den letzten Jahren niemals eine konsequente parteienübergreifende Analyse und keine Maßnahmenpläne gab, wie man mit strategischen Ansätzen von diesem Schuldenberg herunterkommt.

Immerhin hat jetzt das Gewissen gesiegt, und eine weitere Verschuldung wurde gestoppt. Ob es allerdings für Lilienthals Zukunft die richtige Entscheidung war, muss sehr bezweifelt werden. Wie will Lilienthal denn seine Schulden abbauen oder wieder an Attraktivität gewinnen, wenn auf der Einnahmenseite keine Impulse zu erwarten sind? Ohne Investitionen in beträchtlichem Umfang wird es nicht gelingen.

Für sich betrachtet, war die Finanzierung dieser für Lilienthals Infrastruktur lebenswichtigen Investition ideal, und selbst eine Verschuldungsquote von zehn Millionen Euro wäre, gemessen an der Langfristigkeit und der strategischen Bedeutung für den Ort, eigentlich kein Thema gewesen – wenn nicht die Schatten der Vergangenheit so belastend wären. Vielleicht wäre es besser gewesen, die Entscheidung und die komplette

Finanzierung auf Landesebene durchzuführen. Aber so weit reichen die Kompetenzen der Landeshauptstadt und der politische Wille, den Lilienthalern die Verantwortung abzunehmen, eben nicht.

Zu hoffen bleibt, dass Lilienthal aus diesem gescheiterten Projekt endlich seine Lehren zieht und dass vor allem die Gemeindevertreter zum Wohle der Bürger und des Ortes künftig überparteilich zusammenarbeiten.

DIETER SCHOMAKER, LILIENTHAL

**Zum Artikel „Kulturmeile: Planungsphase beginnt“ vom 12. März:**

## Begehren für die Kultur

Am 12. März dürfen wir aus dem Weser-Kurier und der Wümme-Zeitung erfahren, dass genügend Geld vorhanden ist für die Umwandlung der Bergstraße in eine Schicki-Micki-Allee. Einen Tag später wird mitgeteilt, das Stipendiaten-Programm Worpstedes, das sich schließlich über Jahrzehnte hinweg entwickelt und Worpstedes mit geprägt hat, müsse aus finanziellen Gründen eingestellt werden.

Abgesehen davon, dass hier das Lebenswerk von Martin Kausche vernichtet werden würde! Der weltweite Ruf Worpstedes als gastfreundliche Heimat und Begegnungsstätte von Künstlern aus aller Welt und Dorfbewohnern würde Schaden nehmen. So ist von allen politischen Verantwortlichen vor Ort zu fordern, sich gegen dieses Projekt des hannoverschen Kulturbanausentums zu verwehren.

Doch das reicht nicht. Wir brauchen zur Verteidigung des Rufs Worpstedes als Dorf, in dem Künstler von überall herzlich willkommen sind, eine Bürgerinitiative. 1990 haben wir uns hier zugunsten der damaligen Kandidatin Helga Schuchardt als Kulturministerin mit der Parole „Kultur braucht Freiheit“ wirkungsvoll eingesetzt. So etwas soll nun wiederum gelingen können. Mein Vorschlag: „Kultur braucht Künstler – Künstler brauchen Heimat! Initiative für Worpstedes und seine Stipendiaten.“

PROF. DR. DR. LUTZ DIETZE, WORPSTEDES

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Meinungsäußerungen dar, sie werden aus den Zuschriften, die an die Redaktion gerichtet sind, ausgewählt und geben die persönlichen Ansichten ihrer Verfasser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften sowie Briefe, bei denen die Nennung des Absenders nicht gewünscht wird, werden nicht veröffentlicht. Briefe, die per E-Mail an uns geschickt werden, müssen eine postalische Adresse enthalten. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.